

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 16.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen.

Cöln, den 16. April 1909.

Insertionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellensuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

10. Jahrg.

Verbandslied.

Strömt herbei Ihr Arbeitsmänner, strömt herbei in den Verband,
Reicht in treuer Bruderverliebe, froh und freudig Euch die Hand!
Laßt uns wirken, laßt uns schaffen, treu vereint zu jeder Zeit,
Mit der Wahrheit edlen Waffen, für des Volk's Zufriedenheit!

Strömt herbei Ihr Arbeitsmänner, Alle die Ihr christlich denkt,
Die Ihr glaubt, daß über Sternen, noch ein Gott Geschicke lenkt!
Kommt und laßt vereint uns streben, für die Freiheit, für das Recht,
Für die Freiheit unsrer Brüder, für der Arbeit christlich Recht.

Strömt herbei Ihr Arbeitsmänner, wacker, alle, Mann für Mann,
Lernt, daß Einigkeit und Treue, nur den Sieg uns bringen kann.
Laßt den Geist der Bruderverliebe pflanzen uns im Arbeitsland;
Laßt im lauten Kampfgetriebe, uns strehn zu Gott und Vaterland.

Strömt herbei drum wackre Männer, — hart und groß ist schon
[die Not —
Daß dem Arbeitsmanne werde, kummerlos sein täglich Brot,
Mag man auch auf and'rer Seite stark und fest gerüstet stehn,
Wollen wir in schwerem Streite, nicht von uns'rem Posten gehn.

Ström hinaus du Lieb der Arbeit, schall hinaus ins weite Land;
Leag den Wehr für die Freiheit, durch das ganze Vaterland!
— Rafft Euch auf Ihr Arbeitsmänner, tretet ein in uns're Reih'n,
Nach! zur Tat das Wort des Liebes, dann wird es bald besser sein!

Erfahrungen.

Der der Arbeiterbewegung wohlwollend gegenüberstehende bürgerliche Sozialpolitiker hat in den letzten Jahren bald die Holzindustrie über den Weg der Reichstagsgesetzgebung gegen sich. Die gewaltige Ausdehnung der Tarifbewegung in der Holzindustrie ließ solche Gedanken nicht aufkommen. Stellen sich doch Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen auf den Boden des Tarifvertrages und schwebten sie dadurch den gemeinsamen Willen der gegenseitigen friedlichen Verständigung. Daß dieser Standpunkt von den Arbeiterorganisationen eingenommen wird, erscheint ohne weiteres verständlich. Für sie ist gemeinsames Verhandeln ein Fortschritt gegenüber dem „Herrn im Hause“-Standpunkte des Arbeitgebers. Doch auch die Arbeitgeberorganisationen lehnten es ab, in scharfmacherischer Manier die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu diktieren.

Den Höhepunkt des Ansehens erreichte die maßgebende Arbeitgeberorganisation im Holzgewerbe ob ihres sozialfortschrittlichen Verständnisses jedoch, als auf der Generalversammlung der Gesellschaft für Sozialreform, im Nov. 1907, Obermeister Rahardt, erklärte, daß die Arbeitgeber im Holzgewerbe ohne Tarif (d. h. ohne gemeinschaftlich festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen) überhaupt nicht mehr arbeiten ließen. — Eine solche Sprache löste hellen Jubel aus und — die nachfolgenden Verhandlungen, die ihren Abschluß in Leipzig fanden, jenseits den ehrlichen Willen der Arbeitgeber, so weit sie im Rahardt'schen Verbandsorganisiert, zu befähigen. Für ca. 30 000 Holzarbeiter in 33 Städten wurden Tarifverträge abgeschlossen und das Ansehen der beiderseitigen Verbände stieg in der sozialpolitisch sich betätigenden Welt ganz gewaltig. Am meisten gewann der Arbeitgeber-Schutzverband. Sein Vorsitzender Rahardt wurde mit einem Landtagsmandate bedacht und mehrere Anschläge von bisher selbständigen Bezirksverbänden an den Rahardt'schen Verband erfolgten.

Dann kam eine Zeit der Ruhe, eine Ruhe, wie sie im Interesse des Gewerbes nicht zu wünschen war. Es zeigte sich namentlich, daß die Hauptleitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes gar nicht in der Lage war, die Mitglieder zur Anerkennung der in Leipzig abgeschlossenen Tarifverträge zu bewegen. Nur wenige Verträge fanden an den Orten, wofür sie Gültigkeit haben sollten, Anerkennung. Bis heute sind die meisten der in Leipzig abgeschlossenen Verträge von den örtlichen Instanzen des Arbeitgeberverbandes noch nicht unterzeichnet. Die Holzarbeiter in Städten wie Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, Essen usw. arbeiten ohne Vertrag, weil die Arbeitgeber den abgeschlossenen Verträgen die Anerkennung versagen. Und die Leitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes ist ohnmächtig, kann in der ganzen Sache nichts machen. Das Motto: „Ohne Tarifvertrag keine Arbeit“ findet bei den Arbeitgebern selbst die grüßlichste Mißachtung, weil sie eben im gegenwärtigen Zeitraum ein verträgliches Arbeitsverhältnis als für sie vorteilhafter ansehen.

Daran ist denn auch die Liebe des Arbeitgeber-Schutzverbandes zu den Tarifverträgen zu erkennen. Man geht wohl nicht zu weit in der Annahme, daß den Arbeitgeberverbänden die prinzipielle Anerkennung des gemeinsamen Verhandeln und des so zustande gekommenen Vertrages noch sehr fern liegt. Was sie zur Annahme

eines Vertrages bestimmt, sind lediglich Rücksichten auf die Zweckmäßigkeit des Vertrages, daß er zu gewissen Zeiten materiell für die Arbeitgeber von Vorteil ist. Die ideellen Gesichtspunkte sind hier ohne jegliche Bedeutung. Das sieht man auch an manchem anderen.

Wenn z. B. der Berliner Vertrag die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche vorsieht, und keine Klarheit über die Verteilung dieser Arbeitszeitverkürzung herrscht, so heißt es einfach, den Tarifgeboten mißachten, wenn der Arbeitgeber-Schutzverband in größtmöglicher Einseitigkeit und Rücksichtslosigkeit bestimmt, wie die Dinge kommen sollen. Das Einigungsamt für die Berliner Holzindustrie hat durch seine Entscheidung, die das Gegenteil von dem festlegt als das was die Arbeitgeber wollten, gezeigt, wie wenig dem Arbeitgeber-Schutzverbande an der tatsächlichen Praxis gelegen ist.

Noch weiter gingen die Würzburger Arbeitgeberverbände, als sie am 1. Februar den bestehenden Vertrag kündigten, der Kündigung gleich einen neuen Vertrag beifügten und erklärten, daß sie ein Nichtbeantworten des von ihnen einseitig aufgesetzten Vertrages stillschweigend als eine Anerkennung auffassen würden. Also auch hier keine Verständigung, sondern ein einseitiges Diktieren.

Der Südwestdeutsche Arbeitgeber-Schutzverband, Bezirksverband des Rahardt'schen Arbeitgeber-Schutzverbandes, bekundet dieselben Gesinnungen, die eben schon gekennzeichnet. Der Kündigung der Verträge in Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Pforzheim und Karlsruhe folgte ein „Normaltarifvertrag“, auf den die Kollegen binnen wenigen Tagen eine Antwort geben sollten. In der Arbeitgeberpresse wurde dazu erklärt, daß die Arbeitgeber eher ihre Betriebe schließen würden, als daß sie den Arbeitern Entgegenkommen zeigten. Dabei enthielt der „Normaltarif“-Bestimmungen, die geradezu als widersinnig bezeichnet werden mußten. So hätte der Arbeiter keinen Anspruch auf Entschädigung, wenn er durch Verschulden des Arbeitgebers in seiner Arbeit behindert war, die Entschädigung auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte war verboten usw. Die Pforzheimer Arbeitgeber erklärten bei der Kündigung des alten Tarifes gar, daß sie wohl wie im Vertrage vorgesehen, das Gewerbegericht als Einigungsamt anrufen würden, keinesfalls aber sich dem hier zu fallenden Schiedsprotokoll zu unterwerfen gedächten.

Derartige Proben einer Auffassung des Tarifvertrageswesens sind wirklich nicht geeignet, den Arbeitgeberorganisationen blindlings Vertrauen zu schenken. Wo es ihnen paßt, schließen sie Verträge mit den Arbeiterorganisationen ab, und wo es ihnen nicht paßt, fören sie sich den Teufel daran. Das zeigt sich auch jetzt im Ruhrrevier. Der Rahardt'sche Verband zeigt sich zur Durchführung des Vertrages in Essen ohnmächtig. Er hat die Geschicke des Holzgewerbes vertrauensvoll in die Hände des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe gelegt, der nunmehr versucht, einem (d. h. seinem) Tarifvertrage Geltung zu verschaffen, der den Arbeitern nichts bringt, als eine mehrjährige, wenn nicht dauernde Fesselung an Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die nicht in Einklang stehen mit der guten Prosperität des Gewerbes und den Gewinnen der Arbeitgeber.

Die Pläne der Arbeitgeber zumachen, ist Aufgabe aller Kollegen. Die Erfahrung muß unsere Lehrmeisterin sein und diese lehrt uns, daß wir gut tun, wenn wir nicht jeder Tarif-Friedensschalmei hören und Glauben schenken. Nicht vergessen mögen unsere Kollegen im Ruhrrevier heute, daß sie es mit demselben Arbeitgeberbund zu tun haben, dessen Mitglieder bei der ersten größeren Bauarbeiterbewegung örtliche Tarifverträge einfach gebrochen haben, um einen Bezirksarbeitsvertrag zu erzwingen; es ist derselbe Arbeitgeberbund, der die schlechte Konjunktur rücksichtslos gegen die Bauarbeiter bei den letzten Tarifverhandlungen ausgenutzt hat. Das wollen wir uns merken!

Die Frau im Wirtschaftsleben.

Welche Stellung muß der Frau im heutigen Leben, besonders im Wirtschaftsleben eingeräumt werden? — Eine Frage, die sich schon mancher vorgelegt hat, die aber schließlich durch die verschiedensten Vorurteile eine Lösung nicht fand. Und in der Tat, es ist wohl keine Frage so verwickelt als wie gerade diese. In den Kreisen der Frauen selbst kann man die verschiedensten Ansichten hören; sei es in bezug der Stellung der Frau oder in bezug auf die Aufgaben und Pflichten, die derselben im allgemeinen wirtschaftlichen Leben erwachsen.

Um darüber etwas genauer unterrichtet zu werden, hatte es sich die Zahlstelle München angelegen sein lassen, in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung, zu der auch eine stattliche Anzahl Frauen erschienen waren, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Als Referentin war die Sekretärin des katholischen Frauenbundes, Frä. Einhäuser, gewonnen

worden. Von einer Frau selbst sollte die Frage beantwortet werden.

Stärker als sonst, so führte die Referentin aus, machen sich im Leben der Frau die Veränderungen des Wirtschaftslebens bemerkbar und schlagen auch viel tiefere Wunden in das gesamte soziale Leben. In dem geschlossenen Kreis der Familie ist die Tätigkeit der Hausfrau. Das trifft jedoch für uns in der gegenwärtigen Zeit nicht mehr in allen Teilen zu. Der alte Grundsatz: „die Frau gehört ins Haus“ hat eine Aenderung erfahren. Die Bedürfnisse der Familie, an deren Beschaffung früher Frau und Töchter das ganze Jahr über Beschäftigung hatten, werden heute von der Fabrik schneller und billiger hergestellt. Wo einstens mehrere Familienmitglieder zur Bewältigung der Arbeit notwendig waren, ist kaum mehr eine Kraft erforderlich. Die Frau wurde also geradezu aus der Familie in den Erwerb hinausgetrieben. So finden wir bereits in Deutschland 8 1/2 Millionen Frauen, die erwerbstätig sind. Zwei Drittel aller Mädchen müssen sich selbst ernähren. Wenn die Ehe als der Hauptberuf der Frau angesehen wird, so ist das in vollem Maße nicht richtig, da ja nur ein bestimmter Teil, etwa 1/4 aller Frauen, zur Ehe kommen kann. Weiter sind nach dem 50. Lebensjahre die Hälfte aller Frauen wieder auf sich selbst angewiesen. Der angeführten Ursache der Entwicklung ist noch hinzuzufügen, daß die Feuerung der Lebensbedürfnisse (Wohnung u. dgl.) es dem Vater unmöglich machen, den Unterhalt der Familie allein zu bestreiten. So müssen neben den erwachsenen Söhnen auch die Frauen und Töchter eine Erwerbstätigkeit erlangen. Fast durchgehend ist dieses in den minderbemittelten Gesellschaftsklassen, besonders aber in der Arbeiterschaft der Fall. Dadurch werden große Uebelstände heraufgebildet. Am stärksten leidet darunter die Familie selbst, wird doch durch die angestrengte Tätigkeit der Mutter die Gesundheit derselben untergraben und das häusliche Glück zerstört; nicht zu reden von der mangelhaften Erziehung der den ganzen Tag auf sich selbst oder fremde Menschen angewiesenen Kinder. Deshalb muß es eine Hauptaufgabe unserer Zeit sein, sich der Frauen anzunehmen, die auf den Erwerb angewiesen sind, um nicht die Verhältnisse vieler Familien noch ungünstiger zu gestalten. Eine Notwendigkeit ist es, auf die ungelernete Arbeiterin ein besonderes Augenmerk zu richten, die sehr leicht zu einer Lohnrückerin werden kann, die es in den meisten Fällen auch schwer zu einem guten Lohn bringen wird. Es muß vor allem verlangt werden, daß die Fortbildungsbemühungen immer mehr gefördert werden, damit auch das junge Mädchen Gelegenheit hat, sich Kenntnisse für den Beruf und das Leben zu erwerben. Eine geordnete Arbeitsvermittlung soll ebenfalls das ihrige dazu beitragen, dem Wesen der Frau entsprechende Arbeit zu vermitteln.

Dadurch, daß ungefähr 4 1/2 Millionen weibliche Personen überhaupt nicht zur Ehe kommen, also ihren Beruf in derselben nicht finden und somit auf sich allein angewiesen sind, ist es notwendig, daß neue Berufe der Frau erschlossen werden. Dieselben müssen der weiblichen Besonderheit entsprechen. Erinnerung sei, wie die Frau als Krankenpflegerin sich der sozialen Not annehmen kann, wie dieselbe als Ärztin berufen wäre, der Allgemeinheit zu dienen. Auch die Forderung der weiblichen Fabrikinspektoren usw. entspricht dem Wesen der weiblichen Berufstätigkeit. Kurz, eine Menge von Berufen, die mehr für die Frau als für den Mann geeignet sind, können der Frau eröffnet werden.

Wird die Frau immer mehr aus dem Haus in den Erwerb und das öffentliche Leben gedrängt, so gewinnt die Forderung nach einer selbständigeren Vertretung ihrer Rechte auch mehr an Berechtigung. Ist also dieselbe im Erwerb und im Leben auf sich selbst angewiesen, so sollte sie auch zur Vertretung ihrer Rechte keines Vornamens bedürfen. Hier sei es besonders zu begrüßen, daß der Gesetzesentwurf zu den Arbeitskammern den weiblichen Arbeitern das aktive und passive Wahlrecht vorsieht. So müßte es auch in allen übrigen Fällen sein, bei denen die Interessen der Frauen eine Rolle spielen.

Unersätzlich ist es weiter, daß die Organisation der Frau immer mehr an Bedeutung gewinnt. Besonders sollte es an der Mitarbeit der Frau in allen Fragen, bei denen die Weltanschauung eine Rolle spielt, nicht fehlen. Das trifft wohl hauptsächlich auch bei der Frauenorganisation zu. Da bedarf es wiederum des Zusammenarbeitens aller Stände, um in gemeinschaftlicher Arbeit Erprobliches zu leisten. Sorgt der Mann in den gewerkschaftlichen Organisationen unter Darbringung großer Opfer dafür, daß die Arbeitsbedingungen bessere werden und damit das Einkommen gesteigert wird, das eine Beschränkung der Erwerbsnotwendigkeit der Frau zur Folge hat, so muß andererseits die Frau in geeigneten Organisationen ebenfalls dafür sorgen, daß der Mann im Kampfe mit den mißlichen wirtschaftlichen Verhältnissen unterstützt wird. Hier ist die gewerkschaftliche Organisation der weiblichen Arbeitskräfte, wie sie beispielsweise in dem Gewerksverein der Heim-

anbetrachten zum Ausdruck kommt, nötig. Damit soll erreicht werden, daß die Arbeitskraft der weiblichen Arbeiterin nicht in der äußerst niedrigsten Art und Weise eingeschätzt und ausgebeutet wird und somit eine Konkurrenz dem Manne gegenüber darstellt. Die Selbsthilfe muß auch die Frau anwenden, um weiter Schutz von der Gesetzgebung fordern zu können. In allen übrigen Fragen ist das gemeinschaftliche Schaffen aller Kreise zum Wohle der Gesamtheit und der 8 1/2 Millionen erwerbstätiger Frauen und Mädchen erforderlich.

Bereits 1848 trat die erste Frau in die Öffentlichkeit. Seit dieser Zeit ist die Frauenbewegung unauflöslich vorangedrungen. Zu begrüßen ist es, daß die christliche Frauenbewegung an Einfluß und Stärke wächst. Das wird mehr der Fall sein, wenn eine edle Begeisterung, Opferfreudigkeit und Ausdauer die Leitmotive sind. Deshalb, Frauen und Mädchen, besonders die ihr auf den Erwerb angewiesen sind, stellt euch würdig an die Seite der Männer und haltet sie nicht auf im Kampfe ums Leben, sondern unterstützt sie tatkräftig zum Wohle der Familie, zum Wohle der Allgemeinheit.

Preussens Gewerbeaufsicht im Jahre 1908.

Der vor kurzem erschienene Bericht der preussischen Gewerbeinspektion für das Jahr 1908, besagt, daß trotz der schlechten Wirtschaftslage in dem Berichtsjahre die Lohnsätze im allgemeinen eine beträchtliche Herabsetzung nicht erfahren haben, das Einkommen der Arbeiter hat sich aber dadurch gegen das vorausgegangene Jahr wesentlich verringert, daß in fast allen Industriezweigen infolge mangelnder Beschäftigung nicht nur die früher geleisteten, meist höher bezahlten Ueberstunden fortgefallen sind, sondern auch Verkürzung der Arbeitszeit und Feiertagsarbeiten nicht zu vermeiden waren. Der hierdurch hervorgerufene Lohnausfall hat den Arbeiter um so härter getroffen, als die notwendigen Nahrungsmittel den in den Vorjahren erreichten hohen Preisstand bisher fast ungetändert beibehalten haben. Dieser Lernerung haben viele Gemeinden und Firmen durch die Beschaffung und Lieferung von Nahrungsmitteln und Heizungsmaterial zu billigen Preisen sowie durch den Bau von Wohnhäusern, Gewährung von Mietszuschüssen, Stiftung von Pensions- und Jubiläumsgeldern sowie sonstige Wohlfahrtsmaßnahmen zugunsten ihrer Arbeiter Rechnung getragen.

Ebenso hebt der Bericht die Gewährung von Urlaub unter Beibehaltung des Lohnes oder unter Bewilligung von Urlaubsgeldern hervor. Die bisherigen guten Erfahrungen, die mit den Bewilligungen gemacht worden sind, lassen erhoffen, daß die erst beginnende, aber schon über das Berufsleben hinausgehende Bewegung weiter fortgeschritten und sich schließlich über alle Industriezweige ausbreiten werde.

Die Zahl der revisionspflichtigen Fabriken und der bei denselben unterstellten Anlagen war im Berichtsjahre um 2770 höher als im Vorjahre und belief sich auf 146369 mit 3019137 Arbeitern (gegen das Vorjahr weniger 50861), und zwar befanden sich unter letzteren 2230381 erwachsene männliche Arbeiter, 568309 Arbeiterinnen, 225974 jugendliche Arbeiter (darunter 75093 weibliche) und 2473 Kinder unter 14 Jahren. In den 49001 gewerblichen Betrieben, die auf Grund der vom Bundesrat erlassenen Vorschriften zu besichtigen sind, aber nicht zu den Fabriken zu rechnen sind, betrug die Zahl der Arbeiter 113448 (gegen das Vorjahr mehr 1517). In den bei Bergbehörden unterstellten Bergwerken, Solingen usw. waren 671310 männliche Arbeiter, 10174 Arbeiterinnen, 25316 jugendliche Arbeiter (685 weibliche) und 18 Kinder, also insgesamt 706818 Personen beschäftigt (50495 mehr als 1907).

Die Revisionstätigkeit der Gewerbeinspektoren und Bergbehörden war im Berichtsjahre eine außerordentlich umfangreiche. Es wurden 152391 Revisionen gewerblicher Anlagen vorgenommen, darunter 2341 in der Nacht und 4158 an Sonntagen und Feiertagen. Insgesamt wurden 11319 Betriebe, darunter mehrmals 6981 Betriebe revidiert. Die Inspektion ergabte sich insgesamt auf 82,3 Prozent der überhaupt gegebenen Arbeiter. Von den unter der Aufsicht der Bergbehörden stehenden 2215 Werken wurden 2098 mit 99,9 Prozent oder in Nacht und Sonntagsarbeitenden Bergarbeiter revidiert. Unter den Revisionen fanden 23757 Unfallsuntersuchungen statt. Einzelne Berichte der Gewerbeinspektoren haben gegenüber den immer noch andauernden Behauptungen, die Inspektoren machten den Arbeitern Mitteilung über die Zeit der Revisionen, hervor, daß von ihnen unter keinen Umständen irgend jemand vorher Mitteilung über laufende Revisionen erhält. Daß es überall so gehandhabt wird, ist natürlich damit nicht gesagt.

Folger der Beschäftigung der Gesamtbevölkerung hat sich die Zahl der Betriebe, deren Sonntagarbeit gestattet ist, verringert; sie betrug 711 gegen 886 im Vorjahre. Am auffälligsten ist die Sonntagarbeit in den Holz- und Hüttenwerken zurückgegangen; während im Vorjahre für 26 Betriebe 152263 Arbeiterstunden bewilligt wurden, wurde im Berichtsjahre nur für 13 Betriebe 31392 Stunden Arbeit zugelassen. Herabsetzungen gegen die Höchstzahl bet. Beschäftigung jugendlicher Arbeiter wurden in 6465 Anlagen gegen 7652 im Jahre 1907 festgesetzt.

Die Durchführung des Kinderschutzgesetzes, besonders bei der Beschäftigung der eigenen Kinder, heißt immer noch ein Schwächenpunkt. Die bisher auf diesem Gebiet erzielten Erfolge beruhen zum nicht geringen Teile auf der Mithilfe der Arbeitgeber. Die Zahl der Kinderbeschäftigungen gegen die Gefahr zum Schutze der Arbeiterinnen ist von 3911 auf 2983 gesunken. Die meisten Kinderbeschäftigungen wurden in den Betrieben der Bekleidungs- und Holzgewerbe festgestellt. Anzeichen der auch beträchtliche Verminderung bei Unfällen, die zum Teil aus dem mit der Wirtschaftsgeschichte verbundenen geringen Arbeiterwechsel zu erklären ist.

**Verbandsnachrichten.
Bekanntmachung des Vorstandes.**

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 16. Wochenbeitrag im Jahre 1909 für die Zeit vom 11. bis 17. April fällig ist.

Das bisherige Mitglied Josef Konkanzer, Schreiner, geboren am 25. März 1870, in den Verband eingetreten am 8. August 1908 in Mühlendorf, Buch Nr. 51696, hat in verschiedenen Zahlstellen (Sandshut, Regensburg) Unterstufungen erschwunden. Sollte derselbe sich noch in irgend einer Zahlstelle zeigen, so ist das Mitgliedsbuch festzuhalten und der Zentralstelle einzusenden.

Verloren gegangen ist das Mitgliedsbuch Nr. 39851, auf den Namen August Locher lautend. Das Buch ist für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Verbandsmitglieder! Tretet keine Arbeitsstelle an, ohne Euch vorher bei der Verwaltung der zuständigen Zahlstelle zu erkundigen, gleich ob im Organ die Sperre über den Betrieb bekannt gegeben ist oder nicht. — Wer vor Schaden bei Arbeitswechsel geschützt sein will, ziehe die Ortsverwaltung zu Rate.

— Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Im Ruhrgebiet macht der Arbeitgeberbund für's Baugewerbe in letzter Zeit krampfhaftige Anstrengungen, die angebotenen Lohnsätze in möglichst großem Umfange eintreten zu lassen. Bis jetzt klappt jedoch die Sache recht schlecht für ihn. Nach einer Feststellung, die die drei Organisationen der Arbeiter in der Woche vor Ostem machten, war der Lohnsatz nur in 31 Betrieben mit 315 Arbeitern angeändert. Vermutungsweise stören sich mithin die meisten Arbeitgeber nicht an den Beschlüssen des Arbeitgeberbundes. Eine Reihe Arbeitgeber haben in den letzten Tagen die Anordnung wieder rückgängig gemacht; andere haben statt einer Befestigung eine Lohnherabsetzung eintreten lassen. Unter solchen Umständen ist es zu verstehen, daß der Ortsverband der Arbeiter für das Baugewerbe zu Dortmund am letzten Mitglieder unterm 5. April folgendes Schreiben verspricht:

Sechster Kollege!

In der am 3. d. M. stattgefundenen Versammlung der Arbeiter für die Schreinerzunft sind folgende Beschlüsse gefaßt worden: 1. Diejenigen Kollegen, welche die Bekanntmachungen nicht zum Ausdruck gebracht haben, sollen nochmals aufgefordert werden, dem Beschlusse Folge zu geben.

2. In den Betrieben ist die sechsstündige Arbeitszeit einzuführen, soweit solches nicht durch Anzugsarbeiten mit sich bringt. 3. Die Lohnherabsetzung wurde von sämtlichen Anwesenden ohne Widerspruch nochmals genehmigt. Der Antrag soll in der Weise geschehen, daß die 5 Prozent vom 1. April d. J. ab von der vollen Lohnsumme gekürzt werden; auch bei neuangestellten Gesellen soll genau so verfahren werden.

Es wird den Kollegen nochmals zur Pflicht gemacht, diese Beschlüsse unter allen Umständen zur Ausführung zu bringen, da andernfalls jenen des Verbandes Mittel und Wege angewandt werden müssen, die Durchführung zu erzwingen.

Die Arbeitsbedingungen, welche infolge obiger Maßnahmen erfolgen, sind sofort dem Bureau der Geschäftsstelle, Marktgasse 1, zu melden.

Geschäftsstelle

Ortsverband der Arbeiter für das Baugewerbe Dortmund
J. H. F. Sauermeier, Schriftführer der Schreinerzunft.

Es muß mit einem Beschlusse schon sehr windig ausfallen, wenn zu seiner Durchführung solche Drohungen erforderlich sind. Wir bestehen auch sehr darauf, daß viele Arbeitgeber sich davon einschüchtern und zur Durchführung der unsinnigen Beschlüsse werden gezwungen lassen. Die meisten Arbeitgeber werden sich diesen Zwangsmaßnahmen ebenso entschieden wider setzen, wie wir es tun gegenüber denen, womit man uns einen Vertrag nach dem Wunsche der Bundesleitung aufzwingen will. Einen Vertrag gibt es nur auf dem Boden der Verhandlung. Will man eine solche nicht, nun gut, dann mag die Bundesleitung es einmal auf andere Weise probieren. Unsere Kollegen im Ruhrgebiet werden auf dem Posten sein und ihre Position schon zu verteidigen wissen.

Tarifabschluss in Berlin. Nach längeren Verhandlungen ist der am 1. April d. J. abgelaufene Tarifvertrag für das Baugewerbe wieder erneuert worden. Der neue Vertrag läuft vom 1. April 1909 bis 1. April 1912. Auf alle bisher gewährten Sätze erfolgt am 1. Juli 1909, am 1. Jan. 1910 und am 1. April 1911 je 1 Pfg. Zuschlag pro Stunde. Demnach ist der Durchschnittslohn für 1909 auf 41 Pfg., 1910 auf 42 und 1911 auf 43 Pfg. festgesetzt. Bisherig ist dieser Gehalt mindestens zu zahlen, welche 2 Jahre Gehalt sind. — Hinsichtlich der Beziehungen und Ansprüche des Un-
terhandels, daß vor 2 Jahren bei Abschluß des ersten Tarifes der Lohn um 8 Pfg. pro Stunde erhöht wurde, bedeutet auch der neue Vertrag einen guten Erfolg für die Arbeiter.
Kollegen! Wir bitten Euch sehr, auch weiterhin für die Geltung und neuen Erfolg unserer Verbände zu kämpfen.

sein, damit auch diese tariflichen Vereinbarungen eingehalten werden.

Streik in Annen (Zahlstelle Witten). Bei der Firma Loth & Comp., Fabrik für Haushaltungsmaschinen, sind die Kollegen, nachdem ihnen der Lohn um 10% gekürzt wurde, in den Ausstand getreten. Zugang ist freizufahren zu halten.

Der Erfolg in Münster i. W. Nach 8 wöchentlichen Kämpfe ist die Lohnbewegung bei der Firma Möllers u. Reihmann, sowie Wolters zu Gunsten der Kollegen beendet worden, wenn auch der durch das Einigungsamt gefällte Schiedspruch einen Tarifbruch seitens der Arbeitgeber als nicht vorhanden bezeichnete. Die Kollegen wurden zu den vordem Streik bestehenden Löhnen wieder eingestellt und erhalten die tarifmäßige Zulage vom 1. April. Es darf diesmal zur Ehre der Herrn Arbeitgeberbeisitzer am Einigungsamt konstatiert werden, daß einige derselben, besonders die Herren Rinklake rechtlich vorgegeben haben, zwischen beiden Parteien eine Einigung herbeizuführen. Pflicht der Kollegen ist es nun, auch nach dem Kampfe treu zur Organisation zu stehen, deren Wert und Nutzen sie gerade in den letzten Wochen wieder klar vor Augen sahen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hildesheim. Der § 6 unseres Tarifvertrages lautet: „1. April 1909 tritt eine Lohnherabsetzung von 1 Pfg. pro Stunde ein.“ Um unsere Mitglieder daran zu erinnern, fand am Sonntag den 28. März eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Kollege Böhmke sprach über Tarifverträge. Er verbreitete sich zunächst über Wesen und Charakter derselben. Kollegen seien die Buchhalter voranzugehen. Die übrigen Berufsleute, jeder Beruf nach seinen Verhältnissen die richtige nachgekommen. Zum Abschluß von Tarifverträgen seien die starken Verbände notwendig, letzteres sei auch auf Hildesheim anzuwenden. Hier müsse der Individualismus ganz gewaltig schwinden, damit in Zukunft bessere Tarife abgeschlossen werden könnten. In der Diskussion wurde die Befürchtung ausgesprochen, einige Meister den Verpflichtungen nicht nachkommen würden. Die Kollegen sind verpflichtet, der Ortsverwaltung mitzuteilen, sie den Ausschlag erhalten haben, oder nicht. Anschließend hier wurde unsere Statistik veröffentlicht, welche unsere Zahlstelle in letzter Zeit aufgenommen hat. Die Fragebogen wurden von 86 Kollegen ausgefüllt. Danach sind Möbelmacher 40, Tischler 14, Robell- und Fabrikarbeiter 18, Stellmacher 13, Mühlbauer 1. — Das Alter betrug: Unter 20 Jahren 5 Kollegen, 20—30 Jahre 31 Kollegen, 30—40 Jahre 17 Kollegen, 40—50 Jahre 10 Kollegen, über 50 Jahre 9 Kollegen. 24 Kollegen hatten kein Alter angegeben. Das Durchschnittsalter betrug 34 Jahre. 28 Kollegen arbeiten 10 Stunden täglich, 58 Kollegen 9 1/2 Stunden. In den größeren Betrieben betrug der Durchschnittslohn: bei der Firma Hiltorn im Jahre 1908 37 Pfg. die Stunde, im Jahre 1908 39,8 Pfg. die Stunde; bei der Firma B. a. r. u. e. u. a. betrug der Durchschnittslohn 1908 41,6 Pfg. die Stunde. 1905 konnten wir hier keine Statistik aufnehmen. Bei der Firma Reihmann betrug der Durchschnittslohn im Jahre 1905 32,6 Pfg., im Jahre 1908 40,9 Pfg. Erhaltenen Firmen betreibt eine Maschinenfabrik. Die Arbeitszeit ist sechsstündig, während die beiden letzten eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit haben. In der Holzwerkfabrik von Utermöhle betrug der Durchschnittslohn 39,5 Pfg. die Stunde, die tägliche Arbeitszeit 10 Stunden. Der Durchschnittslohn der übrigen Kollegen betrug im Jahre 1905 31,7 Pfg. die Stunde, im Jahre 1908 33,9 Pfg. — Der Preis für Wohnungsbau ist durchschnittlich für 4 Zimmer 210 Mark das Jahr. Maschinenbetriebe sind vorhanden. Selbständige Tischlermeister 134. Dieselben beschäftigen rund 300 Gesellen und 70 Lehrlinge. Bei einem durchschnittlichen Stundenlohn von 39 Pfg. ergibt das ein Jahresverdienst von 1100 Mk. Für Miete gehen ab 210 Mk., bleiben 890 Mk. übrig. Die wöchentlichen Ausgaben belaufen sich durchschnittlich auf 14 Mk. Das bringt das Jahr 728 Mk. Es bleibt somit ein Rest von 152 Mk. für Kleidung usw. In diesen Zahlen ist zu erkennen, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Mögen das die Kollegen beherzigen.

Paris. In unserer Zeit, wo durch mancherlei Einrichtungen auch dem Arbeiter das Reisen gewaltig erleichtert wird, und diese Gelegenheiten benutzen, kommt wohl nicht selten mehr als Ziel einer Reise in Betracht. Dem strebsamen und misshelligeren Arbeiter bietet doch die französische Hauptstadt mancherlei Anregungen, und Berufe, wie Schreiner, Schnitzschlosser etc. hergen eine größere Zahl ausländischer Arbeiter sich. Jedoch welche Enttäuschungen müssen die meisten Kollegen erfahren, wenn sie großen Erwartungen folgend die Reise betreten und glauben hier selbst ein Großstadtleben, wie es oft sich selbst wird, führen zu können. Nachdem sie in Paris angekommen sind und einmal um Arbeitsgelegenheit umgesehen haben, sind sie schon meistens gleich, daß ein sorgloses Dasein auf Paris nicht zu finden ist. Mancher, der gewöhnt in seinem Heimort die Arbeit findet hier große Schwierigkeiten, Arbeit zu bekommen und hat er solche, so zeigen sich vielfach ganz gewaltige Mißstände. Leider gibt es immer Leute, die anderen Kollegen eine Stadt ohne Beschäftigung golden vorzuzahlen, wenn sie es auch nicht so gefunden haben. Der Zufall kann dem einen oder dem andern das Glück in die Hand spielen, jedoch sind das Ausnahmefälle. Das Leben in Paris ist im allgemeinen sehr teuer, dagegen Arbeitslöhne sehr gering. Ueberall ist Gelegenheit zu allen Vergnügungen gegeben, wie es sich natürlich nur die „beiden Welt“ leisten kann, und ein Arbeiter, der dieses Treiben nicht sieht, wird oft von dem Strom der Großstadt mürrisch. Allen Dingen steht es den meisten hier an einem Anhaltspunkt. Deshalb und aus den mangelhaften Verhältnissen ist es dann leicht zu erklären, wenn viele den gewerkschaftlichen Geist, der von ihrer Heimat mitgebracht haben, meistens verlieren. Es waren von einigen Gewerkschaften, welche Erfahrungen hier gemacht haben, am Sonntag den 29. März, eine Zahlstelle christlichen Gewerkschaften gegründet worden. Zweck derselben den nach hier kommenden Kollegen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und sie zugleich den christlichen Gewerkschaften als Vorbild zu erhalten. Das Leben in der Sektion ist sehr angenehm, welche Gedanken, nach hier zu rufen, wollen sie sich nicht verschließen. Rue de Valenciennes 51. Nr. 236, wofür das Besprechungslokal ist und die Unterstützung angefragt werden.

Stuttgart. In den Kreisen der christlich gesinnten Arbeiter Stuttgart wurde in den letzten Jahren des Jahres über das Städtische Arbeitsamt geklagt. Der Hauptklagegrund liegt darin, daß die Beamten des Städtischen Arbeitsamtes die Reisenden und Arbeitslosenunterstützung auf dem Arbeitsamt für die sozialdemokratischen Gewerkschaften ausbezahlen. Die christliche Arbeitergesellschaft erklärt darin mit Recht einen Verstoß gegen die Moral, welche auf einem Städt. Arbeitsamt gewahrt werden muß. Daß die Klagen der christlichen Arbeiter nicht unberechtigt sind, geht auch daraus hervor, daß vor einiger Zeit ein christlicher Arbeiter, der Arbeit suchen wollte, auf dem Städt. Arbeitsamt von tot organisierten Arbeitern mit Schimpfnamen, wie Streikbrecher usw. beaufschlagt wurde. Auch gibt die Tatsache, daß ein führender Genosse in Stuttgart sich einem christlichen Arbeiter gegenüber dahin äußerte, „das Städt. Arbeitsamt sei ihr bestes Agitationsmittel.“ Veranlassung genug, mit gesundem Mißtrauen auf das Städtische Arbeitsamt zu sehen. Am Montag, 5. April 1909 fand in Stuttgart eine große allgemeine christliche Arbeiterversammlung statt, in welcher die Mißstände am Städt. Arbeitsamt zur Sprache kamen und die folgende Resolution annahm:

„Die heutige gut besuchte Versammlung der christlich-national gesinnten Arbeitergesellschaft Groß-Stuttgart dankt dem Abgeordneten Andre für seinen Hinweis in der Finanzkommission der Zweiten Kammer auf die Neutralität des Städt. Arbeitsamtes in Stuttgart verlegende Auszahlung der Reise- und Arbeitslosenunterstützung an die Mitglieder verschiedener freier Gewerkschaftsorganisationen.“

Die Versammlung stellt erneut fest, daß schon seit Jahren wiederholt Klagen christlicher Arbeiter über Mißstände beim Städt. Arbeitsamt den Vorständen der Ortsgruppen und den Kartellbelegierten zur Kenntnis gekommen sind. Nichtsdestoweniger muß es die Versammlung nach reiflicher Beratung ausbestimmte ablehnen, die Namen jener christlichen Arbeiter, welche Beschwerden vorgebracht haben und die zum Teil nicht mehr in Stuttgart in Arbeit stehen, zu nennen, weil diese dann, wie diverse Fälle beweisen, dem strapellosten Terrorismus sozialistischer Gewerkschaftler anheimgegeben würden.

Da Beamte des Städt. Arbeitsamtes vor ihrer Anstellung zum Teil hervorragend innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaftsorganisationen tätig waren, hält es die Versammlung mit den Aufgaben der jetzt städtischen Angestellten nicht vereinbar, einer bestimmten Organisationsrichtung in der deutschen Arbeiterbewegung durch die Auszahlung der Unterstützungen zu dienen, weil die sozialdemokratischen gleichwie die christlichen Gewerkschaften von ihren Sekretariaten und sonstigen Vertrauensleuten die Unterstützungen auszahlen können.

Durch die Auszahlung der Unterstützungen üben die Beamten eine genaue Kontrolle über Organisationszugehörigkeit des stellungsuchenden Arbeiters aus. In dieser Kontrolle liegt auch die Gefahr für eine gewisse Bevorzugung der das Städtische Arbeitsamt in Anspruch nehmenden Mitglieder der verschiedenen Organisationsrichtungen und hält daher die Versammlung den jetzigen Zustand für verbesserungsbedürftig. Hoffentlich wird nun die Stuttgarter Stadtverwaltung geeignete Maßnahmen ergreifen, um Neneid zu schaffen.

Leipzig. Am 25. März hielt unsere Zahlstelle eine öffentliche Versammlung ab, der sich auch die hiesigen Bauhandwerker angeschlossen hatten. Die Kollegen der beiden Verbände hatten sich zahlreich, fast vollständig, eingefunden. Auch einige der Herren Stadtvorordneten, sowie mehrere Bürger und eine Anzahl Frauen hatten der Einladung Folge geleistet. Als Referenten waren anwesend seitens der Holzarbeiter Kollege Kust-Essen und seitens der Bauhandwerker Kollege Artmann-Borghorst. Kollege Kust behandelte in seinem Referat insbesondere die heute noch die Arbeitgeber gewollte Tarifregelung im Klein-Bau-Gebiet. Der Referent bat die Kollegen dringend um ihren Zustimmungsschluß und forderte sie auf, auch die noch vorhandenen indifferenten Kollegen bald möglichst den christl. Gewerkschaften zuzuführen. Kollege Artmann behandelte recht klar das Thema: die Berechtigung und Notwendigkeit der Organisation. Er ermahnte insbesondere die Frauen zu treuer Mitarbeit an dem weiteren Ausbau der christlichen Gewerkschaften. — Mögen alle Kollegen sich die Worten der Referenten recht zu Herzen nehmen und dafür Sorge tragen, daß alle Kollegen und Mitarbeiter, soweit sie noch nicht organisiert sind, bald möglichst den christlichen Gewerkschaften zugeführt werden.

Schweinfurt. Mehr Agitation! lautet die Parole in Nr. 12 unseres Organs. Dieser Ruf wird sich jeder Kollege, der es halbwegs mit seiner Organisation ernst meint, ganz besonders angelegen sein lassen, ganz besonders dann, wenn er ein Amt in der Zahlstelle bekleidet. Aber so richtig vielleicht auch der Befehlende ist, er allein ist nicht, er kann nichts tun, wenn die übrigen Mitglieder nicht Hand mit anlegen. Das möchte ganz besonders den kleineren Zahlstellen gelten, bei denen nicht immer Stoff vorhanden ist, um alle vierehn Tage eine Versammlung abhalten zu können. Wenn aber einmal eine solche stattfindet, so möchte man glauben, daß alle Mann an Bord wären. Aber leider! Es wird manche Zahlstelle sein, die bei Versammlungen eher dem Vorsitzenden und den übrigen Vertrauensmännern immer wieder die alten Gesichter sieht. Daß aber eine Versammlung wie die unsere am 3. April so schlecht besetzt war, daß man nach einer halben Stunde wieder auseinander ging, ohne in Wort in Verbandsangelegenheiten besprechen konnten, daß geht nun doch über die Furcht. Kollegen, so kann es nicht weiter gehen. Guet Vorsitzender rast Euch nicht oft; wenn er aber den Ruf erklingen läßt zu einer Versammlung, wo es wichtige Sachen, z. B. Abrechnung, zu besprechen gibt, da verlangt er, daß ein jeder Kollege seinen Mann stellt, ein jeder seine Erfahrungen, die er mit den Kollegen aneinander und mit den Gegnern und Arbeitgebern andererseits gemacht hat, zum Ausdruck bringt. Kollegen, die erste Vierteljahr war uns glänzend; mehrere Maßnahmen haben wir zu verzeichnen und wenn ein jeder seine Pflicht und Schuldigkeit tut, dann werden wir auch weiter vorwärts schreiten. Tue also jeder Kollege seine Pflicht und Schuldigkeit, verjäume niemand ohne triftigen Grund eine Versammlung, dann, aber auch nur dann wird praktische Arbeit geleistet werden können. An die Einlieferung der Fragebogen sei hierbei erinnert.

Kronach. Nach langem Hoffen haben wir endlich unsern Bezirksvorstand in unserer Mitte. Obwohl etwas spät, gab uns Kollege Seeburger-Fritz noch kurz einen Bericht über eine Tätigkeit im vorigen Jahre. Die Distrikte gestaltete sich nach oben, denn besonders der Beschluß des Verbandstages, daß nunmehr vom Wochenbeitrag nur 2 Pfennige der Lokalfasse verbleiben, traf unsere Zahlstelle. Wie schon an und für sich mancherlei Klagen über die Zeit. Da die Lokalfassen alle leisten sollen, wie Porto, Papier, Kartell, Bezirksversammlungen, Entschädigung von Referenten usw., zu denen, gehört auch die Kosten der Versammlungen und nicht fehlen? Ebenso schmerzlich verfehlt es uns, daß die Einlieferung eines Scheiters, die mit der großen Kosten verbunden war, vom Verbandstag mit

Rebergang zur Tagesordnung beantwortet wurde. Nun werden die Verbandsleitung und viele andere meinen, die Kronacher sollten halt einen Lokalfestbetrag erhöhen, dann hätten sie Geld in der Lokalfasse und könnten auch Sekretäre anstellen; ganz richtig, wenn alle Arbeiter hier von der Notwendigkeit des Verbandes so überzeugt wären, wie die wenigen alten Kollegen, so würden bei uns schon längst andere Zustände herrschen. Da wird aber noch ziemlich viel Wasser die Röhre hinabfließen. Denn wenn es noch solche dienstfertige Kollegen gibt, wie bei der Firma Gebr. Brüdner, die gute Worte geben, um in der Karwoche Nebenstunden machen zu dürfen, damit der Karfreitag wieder heraus kommt, und diese Kollegen obenrein noch „Genossen“ sein wollen, dann kann sich jeder denken, daß die übrigen Arbeiter kein Geld für den Verband haben. Aber doch können wir konstatieren, daß wir im Verhältnis zu vielen Großstädten in betreff der Mitgliederzahl nicht zurückstehen. Kollege Seeburger verspricht uns, alles was in seinen Kräften steht, für uns zu tun. — Und jetzt aufgewacht, Kollegen, vom Winter Schlaf und frisch in die Agitation. Denken wir nicht, es wird doch nicht anders, sondern „es muß anders werden!“

Lapezierer und Sattler.

Von der Hamburger Lapezierer-Krankenkasse.

Die Frage der Unterstützung in Krankheitsfällen ist eine der wichtigsten für die Arbeiterschaft. Darum bestehen neben den Ortskrankenkassen in fast allen Berufen noch freie, unabhängige Kassen und Hilfskassen. Auch im Berufe der Lapezierer besteht eine solche Kasse, die „Hamburger Lapezierer-Krankenkasse“. Da es auch unter unseren Mitgliedern (hauptsächlich unter denen die früher „frei“ organisiert waren), noch immer Kollegen gibt, die zugleich Mitglied der Lapezierer-Krankenkasse sind, so ist es wohl nicht unangebracht, wenn wir uns in unserem Organ einmal etwas mit dieser Kasse beschäftigen.

Die Lapezierer-Krankenkasse die nun schon fast 25 Jahre besteht, hat von jeher in „freigewerkschaftlichem“ Fahrwasser geschwommen. Von der Gründung des soz. Lapezierer-Verbandes an waren immer von der Krankenkasse bezahlte Beamte die leitenden Personen des Verbandes, ohne daß derselbe zum Gehalte etwas beitrug. Noch in der Generalversammlung der Krankenkasse im Jahre 1903 wurde dem Kassenvorstandes Grünwald, der zugleich Zentralvorsitzender des soz. Verbandes war, schwer zu Leibe gerückt und konstatiert, daß er als bezahlter Kassenbeamter die Geschäfte für andere besorge und wochenlange Reisen mache für den Verband. Bis heute ist dieses um nichts besser geworden. Manche Gar- und Lokalfestbeträge des soz. Lapezierer-Verbandes wären unmöglich, wenn sie nicht durch die Krankenkasse hoch gehalten würden, z. B. Düsseldorf und Köln. Gerade Köln bietet das Interessanteste. Da bekommt der Lokalfestbetrag des soz. Lapezierer-Verbandes, der sonstigen nur im Nebenamt Organisierten der Lapezierer-Krankenkasse ist, sein Gehalt zu zweidrittel mit zwölfhundert Mark von der Krankenkasse und ein Drittel mit sechshundert Mark zahlt der Verband, obwohl der Beamte fast nur für den Verband arbeitet und die Krankenkassengeschäfte nebenbei besorgt. Auf diese Weise bekommt der Verband billige Beamte von den Kassengliedern bezahlt. Trotzdem nun die Krankenkasse den größten Teil des Gehalts ausbringt, wurde der letzte Kölner Lokalfestbetrag fast ganz ohne Zutun der Kassenglieder, nur vom Verbande gemahlt. Bei solchen Vorgängen sollten sich unsere Kollegen doch einmal die Frage vorlegen, ob es sich mit ihrer Befriedigung als christl. Gewerkschaftler vereinbaren läßt, eine Institution zu unterstützen, die direkt gegen unsere Interessen arbeitet. Wenn man weiter noch bedenkt, welches Agitationsfeld die Krankenkasse dem soz. Verbande ist, so sollte man nicht glauben, daß sich ein christlicher Kollege noch befinden könnte der Kasse „Lebwohl“ zu sagen. Es soll ja nicht abgestritten werden, daß es einem Kollegen schwer fallen kann aus einer Kasse, der er schon seit Jahren angehört, auszuscheiden. Aber wer ein überzeugter christl. Gewerkschaftler ist, wird auch diesen Schritt tun, einmal er ja in der Krankenkassenschuld unseres Verbandes einen sehr guten Ersatz hat und er deswegen nicht notwendig hat den Rettungshafen des soz. Verbandes zu unterstützen. D.

Sterbefall.

Johann Simon, Schreiner, gestorben zu Mainz. Ruhe in Frieden.

Gewerkschaftliches.

„Eis Berlin“ im Kampfe gegen die christlichen Gewerkschaften. Die „Baugewerkschaft“, das Organ des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter schreibt in seiner Nr. 15: „Das Fortschreiten unseres Verbandes in Schlesien, besonders in der Grafschaft Glatz, scheint den Führern der „Berliner“ arge Beklemmungen zu verursachen. Es ist ja auch freilich nicht angenehm, nach jahrelanger Mühe die Felle fortzuschleppen zu sehen und oben drauf noch den Spott zu haben. Laß sich nicht die Sache heute so, daß, wenn wir die Leute nicht organisierten, sie sich tatsächlich den freien Gewerkschaften zumenden würden, um eben eine ernstliche Arbeitervertretung zu erlangen, da sie der Theorien der „Berliner“ gründlich satt sind, da sie von diesen nicht befreit können. Das sehen aber die Führer von „Eis Berlin“ nicht ein, im Gegenteil, sie belächeln uns noch ärger als die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Folgender Brief ging unserem Vertrauensmann in Neuzerz zu:

Neuzerz, 16. Januar 1909.

In der Annahme, daß Sie selbst Ihre Tätigkeit als „christlicher“ Gewerkschaftler und als deren Agitator, als unvereinbar mit Ihrer Zugehörigkeit zum katholischen Arbeiterverein erachten und demgemäß freiwillig Ihren Austritt aus letzterem beantragen würden, habe ich bisher Ihren Austritt aus diesem Arbeiterverein nicht veranlaßt. Nach dem bisher Vorangegangenen darf ich nun wohl Ihr Auscheiden aus unserem Verein als geschehen ansehen und bitte, nur noch die Begleichung des letzterenden letzten Vierteljahresbeitrages (25 Pfg.) an Herrn Krachele, dem Sie auch Ihr Mitgliedsbuch aushändigen wollen.

Stempel: Der Verband
Luz. Arbeiterverein Neuzerz, i. S. G. Ruffel, Kaplan,
Luz. Glatz (Berliner Verband). J. J. G. Glatz, Kaplan.

Das wird das Fortschreiten unseres Verbandes selbstverständlich nicht hemmen, auch die Artikel nicht im „Eis“, Stadtkant von Neuzerz, die von einem Vertrauensmitglied des soz. „Berliner“ Arbeitervereins herrühren und so recht die Arbeiterfreundlichkeit dieser Herren offenbart, aber der

Kampf wird dadurch nur vergiftet. Mögen sich das die Herren wohl merken und überlegen, wessen Geschäfte sie besorgen. Unsere Kollegen aber mögen desto eifriger für unsere gute Sache werben, sie tun ja weiter nichts, als was jeder „Berliner“ schlechte Geistliche anstandslos jedem Unternehmer zubilligt. Wenn diese sich mit andersgläubigen Unternehmern zum Zwecke ihrer Interessenvertretung vereinigen dürfen, warum nicht dann erst recht der arme Arbeiter. Und weiter wollen wir ja nichts.“

Die Arbeitsfreistigkeiten in Großbritannien von 1898 bis 1907. Im britischen Gewerbeamt ist über die Arbeitsfreistigkeiten im zehnjährigen Zeitraum von 1898 bis 1907 eine Statistik aufgestellt worden. Dabei werden Streiks und Ausperrungen nicht mehr auseinander gehalten, sondern es werden beide Arten des sozialen Kampfes einheitlich behandelt. Außerdem sind nur die Arbeitskämpfe aufgeführt, bei denen mindestens 10 Arbeiter je einen Arbeitstag verloren haben oder bei geringerer Zahl der Beteiligten, wenn diese mindestens 100 Arbeitstage eingebüßt haben. Die Zahl der Arbeitsfreistigkeiten schwankt zwischen 719 im Jahre 1899 und 355 im Jahre 1904. Die Höchstzahl der beteiligten Arbeiter stellte sich auf 253 907 im Jahre 1898, die niedrigste Zahl wurde im Jahre 1904 mit 87 268 ermittelt. Auch an verlorenen Arbeitstagen zeigte das Jahr 1904 die niedrigste Zahl. In diesem Jahre wurden 1 484 200 verlorene Arbeitstage gezählt gegen 15 289 478 im Jahre 1898. Diese außerordentlich hohe Zahl der verlorenen Arbeitstage im Jahre 1898 ist hauptsächlich auf den Streik der Bergleute in Süd-Wales zurückzuführen. Im Durchschnitt kamen auf einen Arbeitskonflikt als höchste Ziffer 581 Personen im Jahre 1902 und als niedrigste Ziffer 245 Personen im Jahre 1904. Auf einen Streikenden oder Ausgesperrten kamen verlorene Arbeitstage 60 im Jahre 1898 und 14 in den Jahren 1902 und 1906. Die Gesamtheit der Arbeiter war an Arbeitskonflikten beteiligt zu 3 Prozent (höchste Ziffer) im Jahre 1898 und zu 0,9 Prozent (niedrigste Ziffer) in den Jahren 1904 und 1905. Insgesamt wurden im zehnjährigen Zeitraum von 1898 bis 1907 gezählt 5359 Arbeitskonflikte, an denen 1 721 985 Arbeiter mit 40 049 881 verlorenen Arbeitstagen beteiligt waren. Sowohl nach der Zahl der Arbeitskonflikte, als auch nach der Zahl der Beteiligten und nach der Zahl der verlorenen Arbeitstage standen der Bergbau und das Steinbruchgewerbe an der ersten Stelle. In diesen beiden Zweigen wurden weit über 23 Millionen verlorene Arbeitstage gezählt. Außerdem wurden gezählt 1068 Arbeitskonflikte mit 5 882 400 verlorenen Arbeitstagen in der Metallverarbeitung und im Schiffbau, 805 Arbeitskonflikte mit 3 602 557 verlorenen Arbeitstagen im Baugewerbe, 948 Arbeitskonflikte mit 3 522 694 verlorenen Arbeitstagen in der Textilindustrie. Interessant ist eine kurze Uebersicht über die Ursachen und über die Erfolge der Arbeitsfreistigkeiten. An Arbeitskonflikten, bei denen Lohn erhöhungen in Frage kamen, waren z. B. beteiligt 59,2 Prozent der Ausgesperrten und Streikenden im Jahre 1899 und nur 8,8 Prozent im Jahre 1904. An Arbeitskonflikten, bei denen es sich um eine Lohn herabsetzung handelt, waren dagegen beteiligt 24,2 Prozent der Streikenden und Ausgesperrten im Jahre 1904 und nur 3,4 Prozent im Jahre 1906. Im Jahre 1906 endete der größte Prozentatz der Arbeitskonflikte mit einem vollen Erfolg der Streikenden und der geringste Prozentatz mit einer Niederlage. Das Jahr 1898 dagegen brachte für die Streikenden den höchsten Prozentatz der Niederlagen und den geringsten Prozentatz der Erfolge.

Soziale Rundschau.

Austräumungsarbeiten auf dem Felde sozialdemokratischer Theorien, die den Untergrund für die praktischen Forderungen des sozialdemokratischen Externer Parteiprogramms bilden, nimmt Eduard Bernstein in einem Artikel: Revisionismus und Programmrevision in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Nr. 7) vor. Spätestens meint er, die überkommenen theoretischen Formen, die eilichen guten Senten so wunderbar „klar“ erschienen, daß sie sich nicht von ihnen trennen möchten, seien in Wirklichkeit sehr „unklar“, weil sie mittlerweile „nichtsagend“ geworden seien, nur noch die „Oberfläche“ und nicht mehr den „Kern“ der Dinge trügen. So hält er den Prophezeien des Unterganges des Mittelstandes vor, daß trotz der großen Fortschritte der kapitalistischen Entwicklung und der zunehmenden Industrialisierung Deutschlands die Pyramide der Betriebe nur eine unbedeutende, die Pyramide der Klassengliederung aber noch gar keine Verringerung in den mittleren Gliedern erkennen lasse. Im einzelnen heißt es darüber:

Dadurch, daß die obersten Schichten hier wie dort immer weiter in die Höhe streben, erhält zwar die Pyramide jedesmal eine andere Gestalt, aber es ist nicht die Form des berühmten Flächentriangles, wie sie Kothelnikow und andere vor ein und zwei Menschenjahren vorausgesagt, und wie sie nach den Einkommensziffern des Externer Programms sich hätte herausbilden müssen, sondern es bleibt noch wie vor im wesentlichen die Regelform, nur daß die Spitze sich abplattet, während die Regelhöhe zunimmt. Es ist daher unabweisbar, daß, wenn der überkommene Teil des Parteiprogramms die tatsächliche Entwicklung widersprechen soll, er entsprechend abgeändert werden muß.

Das selbe trifft auch bezüglich der Krisentheorie zu, da die tatsächliche Entwicklung die Behauptung des Externer Programms, daß die Krisen „immer umfangreicher und verheerender würden“, lägen strafe. Denn es steht fest,

daß die beiden Krisen von 1890—1891 und die von 1900 bis 1901 erheblich schneller vorübergingen und zu erheblichen längeren Aufschwungsperioden überleiteten, als dies bei den Krisen der sechziger und achtziger Jahre der Fall gewesen war. So hat das Krisenjahr jedenfalls nicht die Entwicklung genommen, die das Externer Programm vorgezeichnete. Die Linie der Konjunkturaussagen ist seit seiner Abfassung nicht, wie es nach ihm hätte geschehen müssen, überwiegend abwärts, sondern überwiegend aufwärts gegangen, die Zwischenräume, die Konjunkturperioden von Aufschwungsperiode trennen, wurden schmaler, die Zwischenräume,

Die Depressionsperiode von Depressionsperiode trennen, breiter als vorher.

Schließlich legt Bernstein dann noch die Art an die tatsächlich im Erfurter Programm immer noch existierende Verelendungstheorie, die in ihrer jetzigen Form unbedingt fallen müsse.

Die Tabakarbeiter im Kampfe gegen die Tabaksteuer. Die Tabakarbeiter kämpfen seit Monaten gegen die geplante Mehrbelastung des Tabaks. Bei der letzten Zoll- und Steuererhöhung vom Jahre 1879 sind Tausende arbeitslos geworden, die Löhne gekürzt und die Tabakindustrie vielfach von einer Gegend in eine andere — mit billigeren Arbeitskräften — verlegt worden.

Die im Auftrage des Verbandes christlicher Tabak- und Zigarrenarbeiter Deutschlands dieser Tage in Berlin versammelten Vertreter des Vorstandes genannter Organisation sehen sich durch die neuerliche Vorgänge in der Tabaksteuerfrage veranlaßt, nochmals an den hohen Reichstag heranzutreten.

Mit allem Nachdruck müssen wir, als die Vertreter der christlichen Tabakarbeiter Deutschlands, in Uebereinstimmung mit der Interessen der gesamten Tabakarbeiterklasse, gegen die vom Reichstag beschlossene Tabaksteuererhöhung, namentlich aus dem Tabak eine Verbrauchssteuer von etwa 41 Millionen erzielt werden soll, protestieren.

Wir werden vor allem auf die Tatsache hin, daß der vom Reichstag beschlossene Tabaksteuererhöhung, welche die Tabakarbeiterklasse in ihrer existenziellen Ausbeutung von 22. März d. J. gemachten Beschläge, namentlich aus dem Tabak eine Verbrauchssteuer von etwa 41 Millionen erzielt werden soll, protestieren.

Wir werden vor allem auf die Tatsache hin, daß der vom Reichstag beschlossene Tabaksteuererhöhung, welche die Tabakarbeiterklasse in ihrer existenziellen Ausbeutung von 22. März d. J. gemachten Beschläge, namentlich aus dem Tabak eine Verbrauchssteuer von etwa 41 Millionen erzielt werden soll, protestieren.

Das künftige Arbeitsamt zu Freiburg i. B. gibt schon den Geschäftsbereich für das Jahr 1908 heraus, der sich allgemein interessierende Angaben enthält. So kamen im Berichtsjahre auf 14 366 verlangte Arbeitsstellen 26 744 Arbeitsuchende = 186,2%. Der größte Unterschied zwischen Angebot und Nachfrage war im Monat Dezember zu verzeichnen, indem auf 606 verlangte Arbeitsstellen 1996 Arbeitsuchende = 329,4% kamen.

Die Zunahme entfällt nur auf die Arbeitsuchenden und zwar liegt die Zahl der Gesuche infolge der zurückgegangenen Arbeitslosigkeit von 31 117 im Jahre 1907 auf 36 879 im Jahre 1908. Seit 14 Jahren war der Stand der Beschäftigung nicht mehr so ungünstig wie im Berichtsjahre.

Eine außerordentliche Erweiterung hat das Arbeitsamt erfahren, indem im Laufe des Jahres für Angehörige höherer Berufe, Beamte, Pensionäre usw. eine besondere Abteilung für Entschädigung eingerichtet wurde.

hältnismäßig starke Inanspruchnahme (964 Gesuche seit dem 7. Mai) beweist, daß damit einem dringenden Bedürfnisse entsprochen worden ist. Weiter wurde das Arbeitsamt mit der Kontrolle und Zuweisung der Arbeiter zu den städtischen Notstandsarbeiten beauftragt. An letzteren, wobei bis zum Schlusse des Jahres etwa 150 Personen beschäftigt, die weitere mannigfaltige Tätigkeit, so Abgabe von Gutachten, Mitwirkung im Verbands- der badischen und der deutschen Arbeitsnachweise, die innere Organisation, ist ein Beweis von der Zweckmäßigkeit der paritätischen Arbeitsnachweise, die, wenn richtig ausgebaut und praktisch gehandhabt, eine eminent wichtige soziale Aufgabe zu lösen imstande sind.

Zur Frage der Arbeitskammern nahm das Kartell der christlichen Gewerkschaften zu Köln in einer Vorstands- und Vertrauensmännerkonferenz, die von 50 Jagdstellen besetzt war, Stellung. Die Forderungen der Kölner christlichen Arbeiter zum Arbeitskammerentwurf wurden in folgender Resolution festgelegt:

„Die Konferenz erklärt sich grundsätzlich für Schaffung paritätischer Arbeitskammern. Sie ist der Ueberzeugung, daß dieselben gegenüber reinen Arbeiterkammern eine größere Gewähr für praktische Erfolge bieten und viel mehr geeignet sind die Interessengegenstände zwischen Unternehmer und Arbeiter zu mildern und so dem sozialen Frieden zu dienen. Die Versammlung begrüßt die Einbeziehung des Handwerks und der Heimindustrie in das Gesetz und erwartet fernerhin: 1. Die Einbeziehung sämtlicher staatlicher Betriebe in das Gesetz; 2. eine Erweiterung der Befugnisse der Arbeitskammern, insbesondere bezüglich Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbe und Mitwirkung bei Schaffung von Tarifverträgen; 3. die Herabsetzung des Alters der Wahlberechtigten auf 21 Jahre und der Wählbarkeit auf 25 Jahre; 4. die Wählbarkeit der Angestellten der Arbeiter wie der Arbeitgeberorganisationen. Die Beratung und Entscheidung über die Lebensinteressen der Arbeiterschaft kann nicht ohne deren berufenen Vertreter vorgenommen werden. Ohne die Zustimmung dieser Personen würde die Einrichtung fast jeden Wert verlieren und das Interesse an ihr seitens der Arbeiterschaft auf das denkbar geringste Maß herabgedrückt werden. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß Parlament und Regierung vorstehende Verbesserungsvorschläge verwirklichen.“

Die deutsche Sozialdemokratie in englischer Beleuchtung. Ueber den Entwicklungsgang der deutschen Sozialdemokratie, den Kampf zwischen Marxisten und Revisionisten, und die Aufgaben der „freien“ Gewerkschaften bei alledem äußert sich in der englischen „Socialist Review“ der Londoner Korrespondent des „Vorwärts“, Beer. Er stellt die tatsächlich erfolgte Entwicklung im Vergleich zu dem, was Marx und Engels vorhergesehen hat, und sagt, je mehr er sich in das Lebensmeer der letzteren vertieft habe, um so fester habe sich bei ihm die Ueberzeugung festgesetzt, daß das, was jene eigentlich erzieht hätten, nicht eine sozialistische Partei, sondern eine unabhängige Arbeiterbewegung sei.

Ich habe mich oft darüber gewundert, daß es der deutschen Sozialdemokratie gelungen ist, den größten Teil der organisierten Arbeiterbewegung um ihre Fahne zu sammeln, und ich kann das lediglich auf die Tatsache zurückführen, daß die ursprünglichen Elemente der marxistischen Sektion der Partei Mitglieder der alten Internationalen und durchdrungen waren von deren Geist, welcher in nichts anderem bestand, als in der Organisation einer unabhängigen Arbeiterbewegung. Die heutige Konfession der letzten Jahre zwischen Marxisten und Revisionisten innerhalb der deutschen Sozialdemokratie sind nichts anderes als der Kampf zwischen Arbeiterbewegung und sozialistischer Partei um die Wiederherstellung des Machtanspruchs. Das eigentliche Hindernis, das sich dem Fortschreiten der deutschen Sozialdemokratie gegenwärtig entgegenstellt, ist die Zerstückelung der deutschen Arbeiterorganisationen. Neben den „freien“ Gewerkschaften — Beer selbst nennt sie sozialistische! — bestehen sich Klassen von organisierten Arbeitern zu der katzenhaften (?) Sozialdemokratie, zu den liberalen und zu sonstigen nicht-sozialistischen Parteien. In diese aber kann die Sozialdemokratie als politische Partei nicht herankommen: sie können ihren letzten Grundgedanken (?) nur entgegen werden durch die sozialistischen Gewerkschaften, mit denen sie in tägliche Berührung kommen in Fabrik, Werkstatt und Bergwerk, so daß zwischen ihnen notwendigerweise ein Gefühl der Arbeiterkohäsion heranwachsen muß.“

Hiermit legt Beer fest, daß diejenigen Sozialisten, die sich am liebsten zu Marx bekennen, am wenigsten — marxistisch sind, und 2., daß Beer ein guter Beobachter der Realität der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist, insofern ihr Herankommen an die anderseits stehenden Arbeiter in Frage kommt. Dagegen behauptet aber 3. keine Ausführungen einer Verächtlichmachung, und zwar einer sehr wesentlichen, dahin, daß auch diese sozialdemokratischen Gewerkschaften keineswegs etwa an eine unabhängige Arbeiterbewegung denken, sondern, daß sie nichts Besseres zu tun wissen, als ihre Mitglieder mit Haut und Haaren eben jener katzenhaften sozialdemokratischen Partei zu verschreiben. Der Augen hat, zu sehen, der sieht es Tag für Tag. Dem nächsten deutschen Engländer müßte das allerdings recht verwunderlich vorkommen.

Aus Arbeitgeberkreisen. Generalsammlung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. Am 29. und 30. März fand in Kassel die 10. ordentliche Generalsammlung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe statt. Aus dem vorliegenden Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Bund gegenwärtig in 18 Bundes- resp. Bezirksverbänden und 389 Ortsverbänden 20 222 Mitglieder zählt. Der Vorsitzende des Bundes, Herr Felsch, erklärte in seiner Schlussrede, daß der Arbeitgeberverband die Aufgabe habe, die Interessen der Arbeitgeber zu vertreten und die Beziehungen zu den Arbeitnehmern zu verbessern.

das Bundes sei es nicht möglich gewesen, zu einem Friedensschluß bis 1. April 1910 zu kommen. Nach dieser Forderung müsse er von neuem seine Macht und Kraft zeigen, um einem neuen Tarifabschluß und damit zu einem neuen Friedensschluß zu kommen. Die beste Aufgabe sei, die großen wirtschaftlichen Machtkämpfe zu vermeiden; das sei aber möglichst, wenn sie (der Bund) zu immer größerer Macht und Ansehen gelangten. In der Zukunft sehe ich, und hier liegt ein Bekenntnis von programmatischer Bedeutung, dauernden Frieden mit unsern Arbeitern.“ So Herr Felsch, wörtlich, selber ist eine Begründung in der „Baugewerkschaftszeitung“ dieser Programmrede nicht gegeben.

Ueber den Abschluß eines Kartellverhältnisses mit den Verbänden der deutschen Tiefbauunternehmer berichtete Herr Heuer (Berlin). — Herr Lüscher (Frankfurt) referierte über die vom Bundesvorstand aufgestellten Grundzüge über die Organisation der einzelnen Verbände und deren Kartellieren mit anderen Verbänden.

Ein weiterer Antrag, Anschluß des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe an den Verein deutscher Arbeitgeberverbände, wurde von Friz (Essen) begründet; beschlossen wurde, vorläufig den Anschluß mit einer Arbeiterzahl von 100 000 zu vollziehen, um dadurch die hohe finanzielle Lastung zu vermindern. Ferner wurde Stellung gegen die Anstellung von Arbeiterkontrolleuren im Baugewerbe genommen, und eine Protestresolution gegen die Arbeitskammern beschlossen. Herr Felsch teilte mit, daß es ihm im preussischen Landtage gelungen sei, die Mehrheit von der Verfechtung der Arbeiterkontrolleure zu überzeugen.

Zur Vorberatung der Tarifverhandlungen in 1910 ist eine Kommission eingesetzt worden; über deren Beratung noch nicht mitgeteilt wurde. Herr Enke (Leipzig) meinte, es gelte einmal das Erreichte zu erhalten, und weitere Verbesserungen in dem alten Normaltarif zu erreichen. Das bedeutet natürlich für die Arbeiter weitere Verschlechterungen. Das ist nicht so sehr nach dem Frieden, den eingangs Herr Felsch so laut pries. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ schließt auch in ihrem Bericht über die Generalversammlung des Bundes zum Schluß, nachdem sie auf seine Macht hingewiesen, „Deshalb können sie auch mit Ruhe den Stürmen entgegengehen, die im Frühjahr 1910, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten sind“. Das ist gewiß deutlich!

Die Signatur der Generalversammlung war: Stärkung des Bundes durch straffe Organisation, Kartellierung verwandten Gewerben, Agitation und Vorbereitung für spätere Tarifbewegungen. — Jedem Arbeiter sollte das denken geben.

Fachtechnischer und sozialer Fragekasten

In diese Rubrik werden Anfragen und Antworten fachtechnischer und sozialer Art der Verbandsmitglieder ausgenommen, von den Kollegen Auskunft der genannten Art wünscht oder bezügliche Antworten zu geben in der Lage ist, benütze Fragekasten.

Antwort 9: Man löte auf die hintere Seite Messings Meise, aber doch schon handhastige Stiften schlagen es dann ins Holz hinein; lege jedoch beim Hineinschlagen Holz oder ein Stück Leder unter, damit das Messing nicht zerplatzt wird. Dem Knoblochleim ist am besten ein Schlemmkreide hinzuzumischen, was für Metall sehr bin-

Anmerkung der Redaktion. In der Regel werden die gestellten Fragen 8 oder 14 Tage nach Bekanntgabe beantwortet und bitten wir die fragenden wie antwortenden Kollegen, sich möglichen Kürze in der Fassung zu betheiligen.

Wohnungskunst- und Holzarchitektur. Gratis und frank erhalten sie auf Wunsch eine Probenummer der Zeitschrift „Wohnungskunst und Holzarchitektur“. Verlag: A. Busch u. Co. Würzen i. Sa. (Vierteljährl. 6 Hefte 2 M.)

Tapezierer! Tüchtige Gehülften werden andauernd gesucht. Verbands-Arbeitsnachweis für Tapezierer, Polsterer und Dekorateur. Köln, Palmstraße 14, Telefon 3210.

Tüchtige Tischler auf Eigenmöbel, für dauernd gesucht. Ludwig Brackmann, Tischlermeister, Lengerich i. Westf.

Tüchtige Möbeltischler und feine Polsterer auf bessere furnierte Möbel sofort gesucht. Bogtländ. Möbelfabrik und Kunstschneiderei, Trenz.

Zwei tüchtige Korbmacher auf Reifkorb gesucht. Offerten erbeten an Baptist Stumpf, Kronach, Kronachstraße.